

Der Kampf

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle. Bezirk Merseburg

Faschistische Politik

Italien und Europa

Ein Vorausschreiben in den italienischen Elementarschulen im Ausland brachte einen kleinen Wächter den ersten Preis für den Satz: Italien ist das Land, wo Mussolini geboren ist.

Parteitag im März

in Frankfurt a. M.

Der Parteivorstand hat beschlossen, dem Parteitag im März vorzuschlagen, daß der Parteitag in die Woche vom 12. bis 19. März — in die auch der 50. Geburtstag des Kaiser Wilhelms fällt — in Frankfurt a. M. stattfinden soll.

Es ist doch das öffentliche Italien für den vollen politischen Charakter seiner Mission, der Welt vor sich hin zu stellen und die deutsche Bevölkerung zu überzeugen, daß sie die Macht bestimmen können, die die Welt in die Zukunft führen wird.

Das Jahr 1928 hat Mussolini offene Kriege geführt, die bei seinen Schwärzungen den französischen und jugoslawischen Konflikten, dem Krieg und dem Kommando über die italienischen Flugzeuge folgen den Himmel verunreinigen. Dann kam die Umstellung auf den Faschismus. Mussolini wurde auf einmal der Schutzherr des Weltfriedens, der Verteidiger der Völker, der Weltführer. Wer von diesen drei Dingen sprach, der folgte nach den Faschistendiktatoren, den „vom Duce aufgestellten Normen“.

Das Meeresteil ist nun die Annäherung zwischen Italien und Frankreich. Der Wandel der Gefühle, der zwischen „Erstfeld“ und „latenischer Schwester“ hin- und herläuft, steht augenblicklich bei „Schweizer“. Das ist für die deutschen Nationalsozialisten recht bitter, nachdem sie sich in dem mit den Behörden gebildeten des „Siegereis“ wollen wir Frankreich schlagen“ angefangen hatten. Vor allem aber — und das ist heute das Wichtigste — handelt es sich bei der italienisch-französischen Verhandlungssache nur um eine Augenblicke. Hinter den Kulissen wird von schließlicher Seite eilig an der Veränderung der Gegenläufe gearbeitet. Und das muß so sein, so lange in Italien eine Diktatur herrscht und ihre Weltanschauung durchsetzt, ohne sich um die Bedürfnisse des Landes zu kümmern. Italien hat immer eine Segemalstreibung, der Mussolini hat sie. Daher seine Verträge, Rumänien, Ungarn, Bulgarien in seinen Einflußbereich zu ziehen, die unfehlbar zu Reibungen mit Frankreich führen. Das Projekt der Donautonföderation, unter Italiens Führung und mit Beteiligung Bayerns zum Reich, ist sicher nicht eine Formel zur Befriedung Europas, ebensowenig wie die Maßnahmen, dem jungen Schwaben eine

Das Rennen um die Reichskanzlerschaft geht weiter

Dapen-Barone 14 Tage nackt

Schleicher liegt noch in Front / Schwarzbraune Einigung auf dem Rücken Preußens?

Wiergen Tage geht nun bereits das Rennen um die Reichskanzlerschaft. Es waren vierzehn Tage des Aufstrebens und der Anträge, vierzehn Tage Aufschauungsunterricht über die „grundrührliche neue Staatsführung“ der Dapen-Barone. Sie stehen vor dem ganzen Volk seit vierzehn Tagen ganz nackt da!

Am vierzehnten Tage des Rennens liegt zur Abschließung wieder einmal Schleicher in Front. Er wird in seinen Bemühungen insbesondere vom Zentrum befruchtet, während von deutschnationaler Seite alles getan wird, um schließlich doch noch Papen das Rennen machen zu lassen. Das Zentrum wünscht und arbeitet mit allen Kräften in diesem Sinne, daß Schleicher die Neubildung der Regierung aus ohne Unterbrechung der Nationalsozialisten übernimmt. Es angestrebter nach der „Rationalen Volksgemeinschaft“, in der ein Teil der Erwartungen, die Schleicher an seine Verträge knüpfte, sich schon erfüllt hätten. Gewiß hätte auch Herr von Schleicher zugehen kein anlangen müssen. Eine sofortige Mehrheit sei im Reichstag nicht vorhanden. Wohl aber ein nicht zu verachtender Stützpunkt, von dem aus die Verbreiterung der Grundlage nicht ohne Aussicht auf Erfolg versucht werden könnte und auch jetzt noch versucht werden müßte.

Strömer und Fried haben über ihre Berliner Besprechungen am Mittwochnachmittag in einer nationalsozialistischen Führerversammlung, die unter dem Vorsitz Hitlers in Weimar abgehalten wurde, berichtet. Mit welchem Entzückt sich unserer Kenntnis. Der Verlauf der dreitägigen Besprechung und ihr Ergebnis werden streng geheim gehalten. Vielleicht aber läßt sich daraus, daß am Donnerstag doch noch eine Besprechung zwischen Hitler und Schleicher stattfinden soll, schließen, daß die Nationalsozialisten nicht abgeneigt sind, über die Waffenstillstandsfrage mit der preußischen Regierung mit sich reden zu lassen. Vielleicht hat sie zu dieser Haltung nicht zuletzt auch die drohende Gefahr einer neuen Reichsversammlungswahl vorzuziehen und vielleicht sind sie unter dem Druck dieser Gefahr sogar zu Konzessionen bereit, an die sie gestern selbst nicht gedacht haben.

Dieser Tage hat der Zentrumsvorstand Hans Stern Schleicher empfohlen, seine Bemühungen bis zum 6. Dezember auszu dehnen und sich durch nichts beirren zu lassen.

Man schreibt uns: In die entworfenen Akte und Szenen, in die Regierungsbildung zerfällt, ist es sich auch am Mittwoch ein heiteres Antermezzo. Hitler befindet sich in der Nacht mit Röhm im Schlafwagen des D-Zuges auf dem Wege nach Berlin. Öhring bestimmet den „Führer“, auszufolgen, und mit ihm und Goebbels, der zur Zeit in Thüringen weil, in Weimar die politische Lage zu besprechen. Der „Führer“ partierte, dochabgegebenen verließ er in Begleitung von Röhm den Schlafwagen. So erwarteten Strömer und Fried den Führer am Bahnhof in Berlin vorzugeben. Unabwärtend gegen sie kam. Am Hotel empfanden sie für höchlich nach zahllosen Schweregesprächen die Geduld. Sofort warfen sie sich in ein Knie und legten im Quadratmeter-Tempo nach Weimar, wo sich die „Führer“ dann drei Stunden lang in den Saaren lagten: Ob Futtertruppe oder nicht!

Das ist Hitlers Hilfe!

Das Volk hungert — Nazi-Regierung erfüllt ihre Versprechen nicht

Wochenlang haben die Nazis ganz Deutschland mit ihrem Gerede über ihre Hilfsaktion für das Notstandsgebiet in Thüringen wach erfüllt. So groß ihre Worte, so klein ihre Hilfe! Nach ihrem schändlichen Versagen hat die Sozialdemokratie, deren Arbeiterwohlfahrt 1931 200 und 1932 800 Kinder aus dem Waldgebiet mehrere Wochen lang in Ferienholung untergebracht hat, dieser Tage an einer Konferenz in Herbach, einer Gemeinde des Notstandsgebietes, einen Verlöb unterzommen, um den Thüringer Landtag an seine Pflicht zu erinnern.

63 Marx (bei fünf Kindern). Der Thüringer Landtag hatte deshalb Ende Juni einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, wodurch mindestens diese Kinder voll zur Auszubildung gelangen sollen. Die Nazis, darunter die jetzigen Minister Soudel und Marschner, haben damals diesem Antrag zugestimmt. Soudel erklärte damals: Wenn in einem Lande, wenn bei einem Volke miserable wirtschaftliche und miserable soziale Verhältnisse vorliegen, dann sind dabei nicht irgendwelche außeralltäglichen Dinge erforderlich zu machen, sondern sie nur die miserablen Regierungen.“

Wenn der italienische Faschismus eine Gefahr für Europa ist, weil er den Diktaturstaaten in allen anderen Ländern das Maßmaß stiftet, so ist er es in demselben Maße durch seine unzuverlässigen und unberechenbaren Außenpolitik, die ein einziger aus dem Normalstaat. Demozentrierung der Außenpolitik gibt dem gegenteiligen Verhältnis der Staaten eine gewisse Regelmäßigkeit. Der schließliche Verlust mit seinen ungenutzten Uebereinstimmungsstellen arbeitet geradezu einem französischen Streben nach Vorkerschritt in die Hände durch das bei den kleinen Staaten um sich greifende Gefühl der Unsicherheit und auch durch die italienische Annäherung der Balkanstaaten, die Frankreich vernachlässigt, nach Vorkommen zu werden als Italien. Das hat bei der Verbindung von Großmacht und Schwachmacht außerpolitisch herabkommt, hat Europa zur Genüge ausgeliefert.

Eine Nazimord-Revision

Die Strafkammer Berlin-Moabit behandelte am Mittwoch die Revisionverhandlung im Mordprozess „Hajala und Reich“. Der Nationalsozialist Hajala, der in der ersten Instanz zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurde freigesprochen; das auf 7 Jahre laufende Zuchthausurteil gegen den Nationalsozialisten Beder wurde auf 5 Jahre herabgesetzt.

italienische Prinzessin zur Frau und als Mussolinis Geliebte die ungarische Krone zu geben. All diese Erscheinungen sind nicht Ausdrucks eines italienischen Expansionstriebs, sondern lediglich von Mussolinis materialistischem Geltungsbedürfnis auf der einen Seite und von seinem Wunsch, die Staltenen von ihrer inneren Not abzulösen, auf der anderen.

Vergebens haben die Faschisten den italienischen Bevölkerungszuwachs als die treibende Kraft dieser Politik hingewiesen. Die Größe verhält sich aber gerade umgekehrt. Mussolini sucht den Bevölkerungszuwachs zu erzielen, als Rechtfertigung seiner außenpolitischen Anstrengung. Doch ihm das nicht glückt, macht ihm nur an spruchsvoller. In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres ist die Zahl der Geburten um 30.000 geringer als in der entsprechenden Zeit des Jahres 1931 und um 37.782 des Jahres 1930. Da inzwischen auch die Todesfälle zugenommen haben — seit 1930 um 20.434 — ist der Ueberschuß der Geburten über die Taten in so schnellem Abstieg, daß sich in dieser Beziehung wirklich eine An-

Bayerns Finanzlage

56 Millionen Defizit bis zum Herbst

München, 30. November.

Im Zusammenhang mit dem auch in Bayern eingeführten Politzoll für die Bekleidung der Baumarbeiter hat Staatsrat Schäfer im Generalbesuch des Bayerischen Staatsrats einen Überblick über die Finanz- und Realisationslage des bayerischen Staates gegeben. Die ersten sechs Monate des laufenden Rechnungsjahres brachten ein Defizit von 46 Millionen Mark, das bis zum Ende auf über 50 Millionen steigen wird und durch Einkünfte an geschätzten Gütersteuern auf 15 Millionen herabgebracht werden kann. Der Hauptposten im Haushaltsplan ergibt sich aus dem dauernden Rückgang der Ueberweisungseinnahmen des Reiches, der sich auf 34 Millionen Mark beläuft. Um das 15-Millionen-Defizit abzudecken zur Zeit Verhandlungen mit dem Reich. In den allerersten Tagen hat das Reichsfinanzministerium die früheren Gehaltsabläufe wittern lassen, daß das Reich seinen früheren Standpunkt der Aufwartungsanträge vollkommen aufgegeben habe und es nunmehr ablehne, irgendeinen Anspruch dieser Art zu anerkennen und eine Entschädigung zu zahlen. Bayern hat sich deshalb mit einer befristeten Feststellungslage an den Staatsgerichtshof in Leipzig gemeldet.

Koalition geborsten

Sozialdemokrat verläßt die Regierung

München, 30. November.

Vor Beginn der heutigen Bundestagsung, auf deren Tagesordnung die Beratung der badiischen Konfessionsbill, teilte der Bundestagspräsident mit, daß der Staatsrat und stellvertretende Innenminister Rüdert seinen Rücktritt erklärt habe.

Damit ist die Sozialdemokratie aus der badiischen Regierung ausgeschieden und der Bruch der badiischen Regierungskoalition, in der die Sozialdemokratie 14 Jahre vertreten war, vollzogen. Die badiische Regierung besteht bis zu ihrer Neuwahl nur aus Zentrum und Deutscher Volkspartei.

Der Reichsindex

Das Statistische Reichsanzeiger mit: Die Reichsindexzahlen für die verschiedenen Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) ist im Durchschnitt des Monats November 1932 um 0,2 Proz. auf 118,6 (gegenüber 119,0 im November) zurückgegangen. Es haben nachgegeben die Indexzahlen für Ernährung um 0,1 auf 109,5, Wohnung um 0,2 Proz. auf 121,4, Bekleidung um 0,6 Proz. auf 112,2, sonstiger Bedarf um 0,1 auf 164,0 Proz. Die Indexzahl für Heizung und Beleuchtung hat sich um 0,3 Proz. auf 136,4 erhöht.

Reichsbahnfinanzierung

Der Reichsbahngesellschaft ist es gelungen, die Finanzierung der gesamten, für Arbeitsbeschaffung vorgesehenen 200 Millionen Mark zu sichern. Die restlichen 100 Millionen, über die der Bundesrat bisher noch nicht bestimmt hat, sollen für Überwindung sonstiger finanzieller Anlagen, für Fahrpläne, Maschinen und die Neubauten verwendet werden.

Bei den Eisenbahnen ist im Oktober erstmalig eine Verbesserung festzustellen.

Umbelegung der preussischen Straf- abteilung

Das kommissarische Preussensministerium hat den Justizminister zum Justizminister und Leiter der Strafabteilung des Justizministeriums ernannt. Ferner wurde Oberlandesgerichtsrat Krieger zum Justizminister im Justizministerium ernannt.

Der neue Leiter der Strafabteilung des Justizministeriums ist 46 Jahre alt. Er begann seine Laufbahn als Staatsanwalt, und 1924 ins Justizministerium berufen, war er lange Jahre als Personaldezernent für die Staatsanwaltschaft und als Leiter der Preussischen des Justizministeriums erfolgreich tätig.

Riesenbetrug am Kaufhaus

In Berlin wurde der 45jährige Kaufmann Karl Kremers wegen schweren Betrugs und Hirtenraub fälschung verurteilt. Kremers war lange Zeit Leiter der Möbelabteilung des Warenhauses K. Wertheim; im September dieses Jahres war er wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten entlassen worden. Nach dem Weggang Kremers fiel es auf, daß der Bargeldbedarf der Möbelabteilung plötzlich beträchtlich sank. Eine Untersuchung brachte zutage, daß Kremers lange Zeit hindurch mit einem Kassenkassierer der Firma Wertheim gemeinsame „Schwänze“ gemacht hatte; die Beträge wurden zu „entwerten“, aber häufig in nicht gerechtfertigten Briefen angefordert, die Gewinne zwischen dem Kassiererleiter und dem „feranten“ geteilt. Später ließ Kremers zu weiß, er hat die Bedingungen Kaufmanns und Hirtenraube ausstellen ließ, ohne überhaupt etwas davon

„Elastizität der Tarifverträge“

Halbe Wahrheiten — ganze Irrtümer

Schlagworte haben in der Politik ihren Wert und ihre Bedeutung. Die Schlagwörter können aber nicht jeden Schlagwort in sich ein Zielwert, und ein geschlossenes Bild der Schlagwörter der besten Beschaffenheit. Solche Schlagwörter sind schlimmer als Irrtümer. In ihnen geht das bestmögliche Schlagwort von der „Elastizität der Tarifverträge“.

Nach als Staatsrat Arbeitsminister war, kam das „Gerede“ auf, die Tarifverträge müßten elastischer gestaltet werden. Anfangs reichten nur einige Unternehmer an der Reihenbildung der „Elastizität“, dann aber fand sogar der Arbeitsminister Gehör, und bald hörte man die neue Weisheit in allen Tarifverhandlungen von allen Schichten. Überall schlug das geistreiche Schlagwort ein. Für die Regierung der Barone wurde es zum Stichwort für die „Reinver- ordnung“ vom 5. September. Reinver- ordnung, dem gerade diese Regierung heute so ihre ganze Politik auf geschäftlichen Schlagworten auf.

„Elastizität der Tarifverträge“ — so sagte man, und Befestigung der Unabdingbarkeit der Tarifbestimmungen — das wollte man. Heute aber haben schon alleinständigen Vertreter der Arbeitgeberverbände die Zweifelschneidigkeit dieses unheilvollen Schlagwortes erkannt. Als zum Kabinett Papen kam natürlich diese Erkenntnis noch nicht vorbringen, und daher gibt es auch heute in Deutschland keinen ungeschickteren Arbeitsminister als den Arbeitsminister des Kabinetts. Kein Wunder, wenn dann draußen im Land in dem Kampf um den Tarifvertrag die Schlichter nach wie vor eine rechtlich unklare und zweideutige Haltung einnehmen — auch dort wo es ihre Pflicht wäre, sich auf Einhaltung des Tarifvertrages zu bringen. So wurde im Bezirk Kassel vor kurzem eine Firma auf Beschwerde des Tarifarbeit- verbandes vom Schlichter zunächst verpflichtet, die

tariflichen Bestimmungen einzubehalten, jedoch sie von den Bestimmungen der Bayern-Berufung Gebrauch machen zu lassen. Dann aber, als die Firma nicht etwas nachgegeben hatte, ließ jedoch mit dem Beschluß des Schlichters nicht abzuwarten, erließ der Arbeitgeberverband für die Textilindustrie Kassel und Umgebung von dem stellvertretenden Schlichter für Hessen eine Antwort, in der er wie die Frage schon um den heißen Herd herumging.

Der Schlichter sagt in seiner Antwort, er hat grundsätzlich an der Aufrechterhaltung der Tarifbestimmungen für die Anwendungsmöglichkeit der 20. vom 5. September 1932 die Erfüllung des Tarifvertrages für den gesamten Reichsbereich, an demselben Text und Gedanken, wenn der Arbeitgeber einseitig in wichtigen Punkten den Tarifvertrag nicht erfüllt, insbesondere aber auf Grund der 20. Tarifvertragsbestimmung vorzunehmen, und dabei ist es gleichgültig, ob das Einverständnis der betroffenen Arbeitnehmer erreicht ist oder nicht, sofern die tarifvertragliche Arbeitsverpflichtung nicht zu einem

Sollt nur kleinere Verstöße gegen den Tarifvertrag vorkommen — so führt der Schlichter in seiner Antwort fort — „und man sie nach Lage des Falles zu übersehen können. Sobald die Verstöße aber erheblich sind, wird der Schlichter sogar die Befugnis, falls sie formell bestehen sollte, einzusetzen müssen. Ihre letzte Frage, ob die Anwendungsmöglichkeit der 20. Bestimmung auf dann entfällt, wenn nur in einer Betriebsabteilung von dem Tarifvertrag abgesehen wird, läßt sich allgemein nicht beantworten. Man wird vor Fall zu Fall entscheiden müssen, ob es sich um wesentliche oder unwesentliche Abweichungen vom Tarifvertrag innerhalb des Gesamtbetriebsbereichs.“

Salomonisch kann man diesen Beschluß des stellvertretenden Schlichters nicht nennen. Grundrichtig ist er für die Erfüllung des Tarifvertrages als Voraussetzung für die Anwendungsmöglichkeit der

20. vom 5. September, aber „kleiner Verstöße“ will er „von Fall zu Fall“ entscheiden, d. h. „nach mir den Weg, oder nach ihm nicht nach“. Die Auswertung einer solchen Haltung führt zu nichts anderem als zu einem geschäftlichen Durcheinander in den Lohn- und Arbeitsbedingungen, bei dem immer ein Unternehmer nach dem anderen ansetzt, daß sein Konkurrent mit schlechteren, also „unbilligsten“ Löhnen begünstigt worden ist, und in- folgedessen neue Beschäftigungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen fordert.

Der Weg, der von der Regierung unter dem Druck der Unternehmer in der Tariffrage beschritten wurde, ist der Weg auf der rechten Seite. Er hat zu unbilligsten Zuständen geführt und vor sich führt, daß eines Tages gerade aus dem Reigen des Letzt der Unternehmer, der nach West sagt auf eine w- fähige Arbeit, der auf kommt: „Das Ganze halt!“ Es ist überhaupt unklar, wie so mancher Unternehmer, der fröhlich über das Tarifproblem doch wohl etwas als „unbillig“ abgelehnt hat, den ungeschicklichsten Weg zur Be- friedigung des Tarifvertrages wählen konnte.

Da wurde, z. B. im November 1900 für die Eisenbahnbetriebe des Süpperrates ein Tarifvertrag abgeschlossen, in dem es z. B. heißt, daß sich jeder Betrieb unter Befreiung einer Kronen- einzahlung in Höhe des festgesetzten arbeitsfähigen Tagelohns verpflichtet, Mittel, für die in der unabhingenden Höhe Löhne festgesetzt sind, innerhalb eines Jahres nach dem Auscheiden aus dem Be- trieb, „nirgendwo anders als zu den darin fest- gesetzten Bedingungen zu arbeiten“.

Für die Ueberwindung der Durchführung dieses Vertrags ist eine Tarifkommission bestellt worden, zu der auf Arbeitsebene aus höchstem Pro- zent ein gehörte. Fromme war also einmal der schärfste Befürworter der Klausel für die Garantie der Einhaltung der Bestimmungen durch die Tarifparteien. Fromme ist heute im Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände.

Befähigtes Todesurteil

Das Reichsgericht verurteilt den Revisionsertrag des vom Schwurgericht Meiningen wegen Mordes zum Tode verurteilten Angeklagten Josef Joos. Das Schwurgericht hatte seinerzeit dem Todesurteil noch eine Bewährungsfrist von 15 Jahren zugesprochen wegen zweifachen Mordverdachts. Inzwischen ist er getötigt worden.

Geringe Gefängnisstrafen

Für Kindermisshandlung

Das Schwurgericht in Elsnigh verurteilte den 34jährigen pensionierten Postkassierer Paul Dollig wegen Kindesmisshandlung zu 4 Monaten Gefängnis, seine Ehefrau Bubi zu einem Jahre Gefängnis. Die Angeklagten hatten ihren 7jährigen Sohn als „Würgling“ für längere Zeit in die Wälder verschleppt, das Kind zu erlösen. Als alle Mordversuche mißlungen waren, beschloßten die Eltern, den Knaben für 2000 bis 3000 Mark zu verkaufen. Aber es kam nicht zum Abschluß des „Handels“, eines Tages fand das Kind an einer Entkräftung. Der Staatsanwalt, der die Anklage zunächst auf vorläufige Körperverletzung mit Todeserfolg gestellt hat, sprach in seinem Plädoyer von einer „an Mord grenzenden Tat“, die mit Justizhaus bestraft werden müsse: fünf Jahre beantragte er gegen Frau Dollig ein Jahr sechs Monate gegen ihren Ehemann. Das Gericht glaubte indes, in der letzten Teilpartei des freigeschätzlichen Postkassierers und in der Beschuldigung des Ehepartners einen Milderungsgrund sehen zu müssen!

Nur vier Jahre Gefängnis

Eigener Bericht

München, 30. November.

Der ehmalsige Vorsitzende der Nazistatgruppe Tegernsee, Antonberger Freytag, wurde am Mittwoch wegen Zollklaus zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust beantragt.

Zwischenüber

Beamte der Berliner Kriminalpolizei verhafteten am Mittwoch eine Kolonne von Zumein- händlern (drei Männer und eine Frau), die am Dienstag einen Berliner Zumeinhandler seinen Schmud-Kollektion im Werte von 10 000 Mark geraubt hatten. Eine zweite Kolonne von Berliner Zumeinhandlern wird noch gesucht. Ihre Mitglieder entwendeten einem Berliner Zumein- händler Schmud im Werte von 30 000 Mark. In beiden Fällen hatten sich die Verbrecher den Beistand ihrer Opfer zuwege gemacht: die Zumeinhandler hatten ihre wertvollen Waren in kleinen Koffern und Paketen in ihren Autos liegen lassen!

Wieder eine Naziniederlage

Dresden, 30. November.

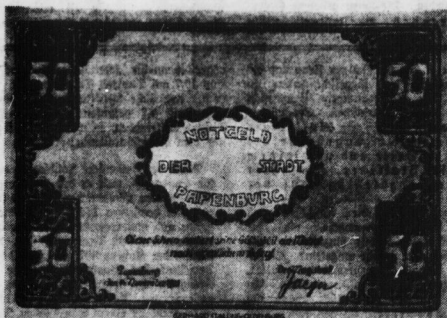
Im Dresdener Handelskammergericht erlitten am Dienstag die Nationalsozialisten bei den Handelskammerwahlen eine schwere Nieder- lage. In allen Gruppen siegten die Verbände- listen mit großer Mehrheit. Es wurde kein ein- ziger Nazikandidat gewählt.

Säulenbrand

Die Halldorner Säuhütte, ein wichtiger Stütz- punkt der Bauwirtschaft in den Ostpreußen, wurde eingestürzt.

Mene tekel!

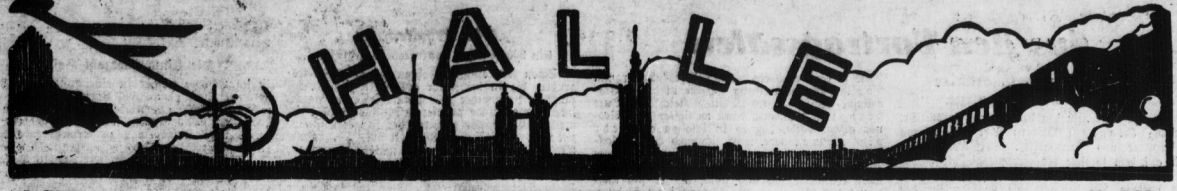
Ueble Erinnerung an frühere Notzeit



Der Zufall spielt uns ein buntes Blättchen in die Hand. Es ist ein Notgeldschein aus den Anfängen der Inflationsepoche mit der schönen Inschrift:

„Das Geld muß man von den Zeiten nehmen, Von den Zeiten schütten kann man's nicht.“

Dieser Schein und seine Inschrift mahnen auch heute zur Vorsicht und Vorfürsorglichkeit. Beson- ders da sie stammen aus der Stadt — Papenburg!



Eine Reform bei der „Lante“

Industrie- und Handelskammer gegen Kontingentierungspolitik



So mußten bisher die armen Wohlfahrtsverlorenen in der Kleinen Steinstraße auf ihr tägliches Geld stundenlang warten!

Mit diesen menschenunwürdigen Zuständen, bei denen die zur Unterstützung nach dem höchsten Wohlfahrtsamt beschafften Leute bei Wind und Wetter auf der Straße anstehen mußten, soll jetzt endlich Schluss gemacht werden. Das wird auch Zeit, denn nur so oft muß es infolge dieser Zustände sogar Zwischenfälle, wenn irgendeinem armen Leutchen die Geduld riß. Dann mußte die Polizei eingreifen. Jetzt gibt der Magistrat bekannt, daß:

in dem Ausschlagsverfahren eine Umstellung erfolgt. Zur Vermeidung des Andranges an den Schaltern des Jugend- und Fürsorgeamtes erhalten die Unterstützungsempfänger jetzt an den Kassen Ausweise angehängt, auf welchen die Stunde angegeben ist, zu welcher die Wohlfahrtsämter ihre nächste Unterstützung in Empfang nehmen können. Dadurch wird sich eine gleichmäßige Verteilung der Ausschläge auf die einzelnen Tagesstunden. Jeder Antrag und jedes Ansehen wird infolgedessen vermieden werden können, wenn die Beteiligten die Zeiteinteilung genau einhalten. Außerdem sind die bisherigen Kassenstunden noch um 2 Stunden verlängert worden, da künftighin auch nachmittags von 15 bis 17 Uhr Zahlungen geleistet werden.

Und beim Arbeitsamt?

Es wäre höchlich begrüßenswert, wenn man auch auf dem Arbeitsamt Halle für eine Reform der jetzigen Zustände sorgen ließe, denn auch dort müssen die Arbeitslosen sowohl beim Meldungs-, wie namentlich auch bei persönlichen Ausfragen, stundenlang im Korridor her und warten. Es gehört schließlich auch zu den Hauptpflichten solcher Behörden, für einen reibenden Geschäftsgang zu sorgen. Oder meint man, Arbeitslosen alles bieten zu können?

Diese unzulässigen Zustände beim Arbeitsamt

Halle kennzeichnet auch nachstehende Inschrift des Dreisaußhufes Halle des ADGB:

„Die Reichsanstalt für Arbeitsermittlung und Arbeitslosenversicherung hat durch starke Personalarbeitung bei den Arbeitsämtern einen Zustand herbeigeführt, der für die betroffenen Arbeitslosen einfach unzulässig ist. Von einer ordnungsmäßigen Abwicklung der Geschäfte und Abfertigung der Arbeitslosen kann überhaupt nicht mehr die Rede sein.“

Wohlfahrtlichen Anträge auf Unterstützung verweigert, monatelang laien Entschieden des Spruchsausschusses auf sich zu warten, stundenlang müssen die Arbeitslosen herbei; es ist abgelehnt werden.

Und dies alles, obwohl das Personal bis 10 Uhr abends und des Sonntags freiwillige Arbeitervollzeit leisten. Somit, so erklärte der Leiter des Arbeitsamtes selbst, wäre schon vor Wochen ein völliges Festfahren in der Versicherungsabteilung zu vermeiden gewesen. Solche Zustände sind eine unzulässige Summierung für die Arbeitslosen, deren Unterstützung man ohnedies auf so niedrigen Stand herabgedrückt hat, daß sie damit nur mühsam vegetieren, geschweige denn noch längere Zeit warten können, die sie ihnen bewilligt wird und bis beim Arbeitsamt einmal ein Angestellter Zeit findet, sich mit der Sache zu beschäftigen. Unnütze Ertüchtigung wird durch die Spottart der Reichsanstalt bei den wartenden Arbeitslosen ausgeübt.

Der Dreisaußhuf des ADGB hat alle erforderlichen Schritte unternommen, damit dieser unzulässige Zustand beim Arbeitsamt Halle auch den verantwortlichen Stellen in der Reichsanstalt bekannt wird und sofortiger Abänderung bedarf.

Ausperrung im hallischen Holzgewerbe

Die Arbeitgeber des Holzgewerbes in Halle sind im Laufe des gestrigen Tages dazu übergegangen, ihre Drohungen in die Tat umzusetzen: Die Firmen Claus u. Mühl, Reineke u. Hubag und die Vereinigten Tischlermeister haben ihren Arbeitern durch Anschlag verkündet, daß ab 1. Dezember der Lohn um 6 Pf. pro Stunde gekürzt wird. Wer sich weigert, für diese neue Bedingung zu arbeiten, ist entlassen.

Somit ist der offene Kampf ausgebrochen. Diejenigen, die ihn herausgefordert haben, werden auch die Folgen zu tragen haben, wenn die organisierten Holzarbeiter diesen Kampf zu führen wissen. Lange genug haben sie den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen, jetzt aber geht es um einen Angriff auf ihre Existenz.

Schon in der Vergangenheit haben die Arbeitgeber einen großen Teil der Holzarbeiter für immer profitlos gemacht, weil sie glaubten, daß die sich lösenden Bauarbeiten und Sobereinstellungen im Gewerbe nehmen würden. Man hat es nicht verstanden, die großen Betriebe, die heute erst stehen, rechtzeitig auf Wohlproduktion umzustellen, so daß heute fast der gesamte hallische Wohlstand von anderen Orten gedeckt werden muß. Nun will man bis weiten noch vorhandene Arbeiter, die zum Teil auf Kurzarbeit angewiesen sind, auch noch über die Grenzgrenze zwischen dem Lohn, daß dadurch „angekurbelt“ werden könnte. Entwederweise ist ein Teil der Holzarbeiter entlassen, doch man sich selbst den Akt absieht, auf dem man sitzt und bei dem den Arbeitgebersband herausgegebenen Anweisungen des Lohnabwägers nicht Folge geleistet.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist sich bewußt, daß dieser Kampf um die elementarsten Grundzüge der Existenzmöglichkeit der Holzarbeiter geführt wird. Er stellt sich an die Spitze des Kampfes und appelliert an alle arbeitslosen Bewusstseinslosen:

Wacht auf! Bietet Euch nicht an für einen Jubelsturm! Kämpft mit und gegen die sozialen Rückschläge der Arbeitgeber!

Wir werden diesen Kampf führen bis zur letzten Konsequenz. Daran wird auch der Klassenkampf nichts ändern, wenn er glaubt, Spielverstecke vorfinden zu können, die den Kampf haben, den Kampfswillen der Holzarbeiter zu brechen.

Holzarbeiter! Laßt Euch nicht irreführen! Es geht nicht um Parteianhänger, sondern um Euch und Eure Familien. Darum schließt Euch zusammen! Ihr seid die Besatzung!

Alle Mütter gehen

am Sonntag, 3. Dezember, 30 Uhr, in den „Volkspar“ zur Kundgebung gegen hässliche und schandliche Kollateralschäden! Eintrittskarte zur Deckung der Unkosten für Jedermann 10 Pf.

Wohlfahrtsämter Halle. Auf den Lichtbildvortrag von Polizeihaupt Dr. Richter über „Die Entgesammlungen Schwärz-Artikel, ihre Ursachen, Wägen, Mägen, Sieber und Käse!“ am Donnerstag, den 1. Dezember, 30 Uhr, im Hofsaal 17 der Universität wird nochmals hingewiesen.

Die Industrie- und Handelskammer zu Halle hielt am Mittwoch im Sitzungssaal der Kammer eine Vollversammlung, an der Mitglieder über die neuesten Ereignisse auf den Gebieten der Beschäftigung, des Verkehrs und des Handels zu informieren. Zu Beginn der Sitzung wurden zunächst einige Tagesperforierende vorgelesen, außerdem wurde beschlossen, eine Erklärungs für das verlorene Mitglied Baumeister Raffke vorzunehmen und die Vertagung des Schiedsgerichts sowie verschiedene anderer Vorkommnisse in der bisherigen Zusammenfassung zu beschließen. Sodann beschäftigte sich der stellvertretende Syndikus Dr. Verschmann mit den Problemen, die sich für Industrie und Handel auf dem Gebiete des Verkehrsrechts ergeben. Er ging insbesondere auf die erzwungene, aber nicht eingetragene Senkung der Personentaxen für das Reichsbahn ein, wobei er einige sehr aufschlußreiche Mitteilungen über die Bemessung der Reg- und Beförderung der Reichsbahn machte. Sehr eingehend ging er in seinem Bericht auch auf den Konkurrenzkampf zwischen der Reichsbahn und den Unternehmen des genehmigten Güterfernverkehrs ein.

Darüber entspann sich in der Debatte ein reger Streit, da unter den Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer naturgemäß Meinungen über den Verkehrsunternehmens waren. Eine gleiche geteilte Meinung herrschte auch in der Frage der Kraftfahrzeuge. Der Vortragende führte den Rückgang in der Zahl der Kraftwagen auf die Wirkung der Steuer zurück und schloß — man könnte fast sagen: „selbstverständlich“ mit den Worten, daß diese Steuer unbedingt abgebaut werden müsse. Sollte am Rückgang der Zahl der Kraftwagen die allgemeine Wirtschaftskrise nicht doch eine größere Rolle spielen, als die Höhe der Steuer?

In einem zweiten Vortrage behandelte dann Dr. Frenzel, Leiter der Außenhandelsstelle für Mitteldeutschland, die Lage des Außenhandels. Was diesen Vortrage interessanterweise machte, war die unbedingte Doppeldeutung der Industrie- und Handelskammer gegen die Kontingentierungspolitik der Regierung Papen. Die verhängnisvollen Folgen dieser falschen Politik brachte Dr. Frenzel klar zum Ausdruck. Der deutsche Außenhandel ist in seiner Aktivität ganz bedeutend geschwächt worden, was sich besonders im Handel mit den nördlichen Staaten und im Handel mit Holland feststellen läßt. Soll der Handel wieder gesund, dann muß intensiver mit den Kontingenten wieder aufgeräumt werden. Mit kurzen Worten behandelte er weiter die Frage des deutsch-französischen Handelsverkehrs sowie die Aussichten der Wirtschaftskrisen-Konferenz, an der sich auch die Vereinigten Staaten von Amerika aktiv beteiligen werden.

Der letzte Vortrag, gehalten von dem Leiter der Rechtsabteilung der Industrie- und Handelskammer, Alfred Dr. Goldmann, gab Aufschlüsse über den Entwurf einer neuen Bilanzprozedur, den das Reichsjustizministerium jetzt der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Die Kammer hat sich als eine der ersten amtlichen Berufsvertretungen mit dem Projekt befaßt, bei dem sich die wichtigsten der Wirtschaft anbelangt und die in einer sehr stürmisch verlaufenden Sitzung durchberaten. Abgesehen von einigen kleineren Verbesserungen wurde der Entwurf im wesentlichen nicht als eine Verbesserung des Schiedsgerichtswesens angesehen. Nach diesem Vortrag über die Reform der Bilanzprozedur wurde dann eine Entschließung angenommen, die dem Industrie- und Handelskongress zugehen wird.

Der letzte Vortrag, gehalten von dem Leiter der Rechtsabteilung der Industrie- und Handelskammer, Alfred Dr. Goldmann, gab Aufschlüsse über den Entwurf einer neuen Bilanzprozedur, den das Reichsjustizministerium jetzt der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Die Kammer hat sich als eine der ersten amtlichen Berufsvertretungen mit dem Projekt befaßt, bei dem sich die wichtigsten der Wirtschaft anbelangt und die in einer sehr stürmisch verlaufenden Sitzung durchberaten. Abgesehen von einigen kleineren Verbesserungen wurde der Entwurf im wesentlichen nicht als eine Verbesserung des Schiedsgerichtswesens angesehen. Nach diesem Vortrag über die Reform der Bilanzprozedur wurde dann eine Entschließung angenommen, die dem Industrie- und Handelskongress zugehen wird.

Gib am 3. und 4. Dezember! Auch Dich geht die Sammlung der Winterhilfsgeld in Halle an!

Zu dem mustäfflichen Merkenzeichen Bismarck und Bismarck, das von der Musikgruppe der Pädagogischen Akademie, von Musikfreunden und Mitgliedern der Kunstgewerbeschule zugunsten der Winterhilfe am 3. und 4. Dezember gegeben wird, sind noch Karten zu haben. Das Spiel findet am Freitag, 3. und 4. Dezember, um 10 Uhr, in der „Lage“ an den 5 Türmen in der „Abend“ statt.



Mild ist eine schöne Eigenschaft. Wenn aber eine Zigarette nur mild ist, fehlt ihr das Begeisternde. Man hat es ja bei den sogenannten nikotinarmen Zigaretten erlebt: mehr und mehr kommen sie ins Hintertreffen. Ihre Mildheit hat etwas Verwässertes, reizlos Fades. Ähnlich ist es bei vielen billigen Marken-Zigaretten. Wer raucht, um zu genießen, verlangt von einer Zigarette eben Milde und Aroma. Und Aroma, das ist es!

Noch einmal das Thema: **Milde Zigaretten**

OBERST die 3 Pf.-Zigarette

bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.

Genossinnen, Wöhnen auf dem Bienen

Wohnen wurde die Wohnung des Arbeiterpioniers... Auf dem Bienen...

Rostenlose Spreidstunden für Herren und Gemeindevorstand

Der Bericht der Landesleitung des Bienen... Rostenlose Spreidstunden...

Das Jubiläum mehr

Auf dem Jubiläum sind als Jubilare... Das Jubiläum mehr...

Genossinnen, Wöhnen auf dem Bienen

Wohnen wurde die Wohnung des Arbeiterpioniers... Auf dem Bienen...

Genossen! Werst ihr Euer Blut!

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Stenerklärung für 1932. Die Aufgabe der Stenerklärung an einzelne... Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg Nr. 47 Donnerstag, den 1. Dezember 1932

Stenerklärung für 1932. Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1875... Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg Nr. 48

Stenerklärung für 1932. Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1875... Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg Nr. 49

Der Fahrbahnplan der Reichsbahn hat eine... Eisenbahn-Räuberbande gefasst

Die Bandenarbeitete, die nach dem... Eisenbahn-Räuberbande gefasst

Die Bande arbeitete, die nach dem... Eisenbahn-Räuberbande gefasst

Kreis Querfurt

Stunden der Mütter. Die Mütterberatung... Kreis Querfurt

Siedlerberatung

Querfurt. Die Siedlerberatung... Siedlerberatung

Verkaufsinnung vor Weihnachten

Der Herr Reichliche Winkler für Handel... Verkaufsinnung vor Weihnachten

Ausschluss für die Mittelstufe

Ausnahmen von Schülern und Schülern... Ausschluss für die Mittelstufe

Arbeitsstellen in Baderien

Der Herr Regierungsrat hat auf Grund... Arbeitsstellen in Baderien

Steuerverminderung, Kurstraße Nr. 4

Wittmoos, den 7. Dezember 1932, um 10 bis... Steuerverminderung, Kurstraße Nr. 4

Annahme der Einträge

Überhaupt, am Montag wurden in diesen... Annahme der Einträge

Waldkreuz

Ragls schmälern Arbeitsverhältnisse... Waldkreuz

Ragls schmälern Arbeitsverhältnisse... Waldkreuz

Kreis Querfurt

Stunden der Mütter. Die Mütterberatung... Kreis Querfurt

Siedlerberatung

Querfurt. Die Siedlerberatung... Siedlerberatung

Verkaufsinnung vor Weihnachten

Der Herr Reichliche Winkler für Handel... Verkaufsinnung vor Weihnachten

Ausschluss für die Mittelstufe

Ausnahmen von Schülern und Schülern... Ausschluss für die Mittelstufe

Arbeitsstellen in Baderien

Der Herr Regierungsrat hat auf Grund... Arbeitsstellen in Baderien

Steuerverminderung, Kurstraße Nr. 4

Wittmoos, den 7. Dezember 1932, um 10 bis... Steuerverminderung, Kurstraße Nr. 4

Annahme der Einträge

Überhaupt, am Montag wurden in diesen... Annahme der Einträge

Waldkreuz

Ragls schmälern Arbeitsverhältnisse... Waldkreuz

Ragls schmälern Arbeitsverhältnisse... Waldkreuz

Kreis Querfurt

Stunden der Mütter. Die Mütterberatung... Kreis Querfurt

Siedlerberatung

Querfurt. Die Siedlerberatung... Siedlerberatung

Verkaufsinnung vor Weihnachten

Der Herr Reichliche Winkler für Handel... Verkaufsinnung vor Weihnachten

Ausschluss für die Mittelstufe

Ausnahmen von Schülern und Schülern... Ausschluss für die Mittelstufe

Arbeitsstellen in Baderien

Der Herr Regierungsrat hat auf Grund... Arbeitsstellen in Baderien

Steuerverminderung, Kurstraße Nr. 4

Wittmoos, den 7. Dezember 1932, um 10 bis... Steuerverminderung, Kurstraße Nr. 4

Annahme der Einträge

Überhaupt, am Montag wurden in diesen... Annahme der Einträge

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Tibet — englischer Duffektant

Das Schicksal des chinesischen Kolonialreiches. China hat ein gemäßigtes Kolonialreich, bestehend größtenteils aus Tibet, Chinesisch-Turkestan, die Mongolei und die heute so umstrittene Mandchurien.

in Reflexionen. Die Regierung verfährt, daß heute in Kanada mehr Indianer leben als zu der Zeit, da die ersten Weißen landeten. Es ist natürlich unmöglich, diese Bevölkerung auf ihre Glaubwürdigkeit hin zu prüfen.

Irland sucht einen Helfer

De Valera, Haupt der Regierung des Freistaates Irland, beschäftigt sich dieser Tage mit dem seltsamsten Problem, vor das er sich in seiner ganzen politischen Laufbahn gestellt hat.

Der Dalai Lama als Außenfreund

Die ihm treuegebende Bevölkerung holte ihn aber zurück. China bemühte sich nun, Tibet stärker an sich zu fesseln, wurde aber durch die Revolution von 1911 daran gehindert.

Knappe und aktuelle Sportberichterstattung

Reichsleitung anfordern. Wir beschließen, letztmalig an Sie zu schreiben. Ein einziger Sportberichterstattung ist mit großer Sorgfalt zu nehmen.

Verkehrskampfen für redelustige Abgeordnete

Die Verkehrskampfen, die in den Straßen der Großstädte zur unentbehrlichen Einrichtung geworden ist, hat eine neue Verwendung gefunden.

Kanadas Indianer nehmen zu

Die Ergebnisse der amtlichen Zählung zeigen ein überaus überraschendes Anwachsen der eingeborenen kanadischen Bevölkerung.

Literatur

Märchenhafter Bucherfolg

40 000 Exemplare in einer Woche. In Schweden ist vor kurzem ein Buch erschienen, das sofort „best seller“ wurde.

Das Schullehrbuch für Arbeiterkinder

Unter Gang. Ein neues Lesebuch für die Jugend. 194 Seiten, gebunden 1.00 M.

Neuererscheinungen der Jenaer Verlagsbuchhandlung Stuttgart

Eine Sammlung wirklich prächtiger Bücher für Kinder ist bei der Jenaer Verlagsbuchhandlung Stuttgart erschienen.

Die Lagen um den Äquator

Ein Buch, das in einem verständlichen und lebendigen Stil die Lagen um den Äquator behandelt.

Die Lagen um den Äquator

Ein Buch, das in einem verständlichen und lebendigen Stil die Lagen um den Äquator behandelt.

Das Schullehrbuch für Arbeiterkinder

Unter Gang. Ein neues Lesebuch für die Jugend. 194 Seiten, gebunden 1.00 M.

Die Lagen um den Äquator

Ein Buch, das in einem verständlichen und lebendigen Stil die Lagen um den Äquator behandelt.

Die Lagen um den Äquator

Ein Buch, das in einem verständlichen und lebendigen Stil die Lagen um den Äquator behandelt.

Die Lagen um den Äquator

Ein Buch, das in einem verständlichen und lebendigen Stil die Lagen um den Äquator behandelt.

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“ ist ein Buch, das in einem verständlichen und lebendigen Stil die Lagen um den Äquator behandelt.

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“ ist ein Buch, das in einem verständlichen und lebendigen Stil die Lagen um den Äquator behandelt.

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Die Wahrheit über „Rot-Sport“

Ein ehemaliger Landesleiter der D.D. erzählt

Hilfe den Opfern des Freiheitskampfes!

Gefangenen- und Verwundeten-Hilfe

Die die Unterstützung der Opfer des Freiheitskampfes der Arbeiterbewegung ist beim Parteivorstand ein zentraler Aufgabefeld eingerichtet. Die Beschlüsse der Partei und der Offiziersrat haben Unterstützungsfonds

Prolet ist Solidarität

Hilf deinen Kameraden!

Gib für die Gefangenen- und Verwundeten-Hilfe

angelegt. Es ist überaus wichtig, dass die Gefangenen in den Strafanstalten und Krankenhäusern über das Schicksal ihrer Familien benachrichtigt werden. Die Gefangenen- und Verwundeten-Hilfe der Partei braucht die Unterstützung aller Parteimitglieder, die irgendwo helfen können. Die Hilfe für die Angehörigen der Opfer des Freiheitskampfes stellt die umfangreichste Arbeit für die Gefangenen- und Verwundeten-Hilfe dar und erfordert selbstverständlich die meisten Mittel. Die Zentralstelle der Offiziersrat nennt 166 Gefangene, Kaufleute tragen als Folge hinterlistiger Kollaborateure, viele von ihnen sind in KZ-Lagern gefangen und für immer aus dem Erwerbsprozess ausgeschlossen. 500 Kameraden sitzen in Gefangenen- und Krankenhäusern, 900 haben ihre Aburteilung noch zu erwarten. Ginter diesen Zahlen bewegt sich eine Masse menschlicher Not.

Ragi-Wirtschaft

Klageführung in Anhalt
Eigener Bericht
Dessau, 30. November.
In der Generalversammlung des Nationalsozialistischen Kampfbundes der Nationalsozialistischen Kampfbünde am 29. November in Anhalt. Der frühere Ministerpräsident Döhr (Sog.) stellte fest, dass Anhalt heute als Folge der nationalsozialistischen Parteilichkeit sozusagen in Auslieferung sei. Abgeordneter Pauli (Sog.) erklärte, dass das Verbot der gesamten sozialdemokratischen Presse Anhalts durch die Regierung

Freiung nur den Zweck habe, eine trübsale Dickschifferei über die Staatsverwaltung zu verhängen.

Müller Dr. Knorr hat Deutsches Volk für das Defizit vorgelegt. Ein Sonderbeitrag in den staatlichen Verträgen soll 1,25 Millionen Mark betragen. Der Wertpapierbestand der Staatskasse soll mit 525 000 Mark festgelegt werden und dazu eine Kasse bei der Landesbank in Höhe von 600 000 Mark aufnehmen. Von der Schlagflucht erholte man einen Betrag von 400 000 Mark und durch das „Rolleffem“ bei der Gehaltszahlung soll eine Kostenminderleistung um 400 000 Mark geschehen werden.

Begnadigung oder Hinrichtung?

Um den Kopf des Mörders Reins / Wer hat das Sündenrecht?

Altkommunisten wurde bei der Strafkammer des Berliner Landgerichts II von den Rechtsanwältin Dr. C. Katz, dem früheren Oberprokurator, und Dr. Herber Juchs für den Briefträger-Mörder Reins der Antrag gestellt: „Die Strafkammer soll darüber entscheiden, ob für die Begnadigung des Briefträger-Mörders die preussische Justizverwaltung Braun-Schiffner oder das Reichsoberjustizamt zuständig ist.“ Reins warter jetzt seit Monaten auf die Entscheidung über die Frage, ob er hingerichtet wird. Bereits im Juli wollte das Reichsoberjustizamt seine Entscheidung treffen. Es wurde aber im letzten Augenblick zurückgestellt. Demals hatten sich der Generalstaatsanwalt, der Schwurgerichtsvorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Schneider und die gerichtlichen Sachverständigen für eine Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus ausgesprochen, während die Oberprokuratur die Bestrafung des Urteils empfahl. Wenn Zweifel über einen Akt der Strafsoll-

stredung obwalten, hat nach dem Gesetz die Strafkammer zu entscheiden. Gegen ihren Bescheid gäbe es noch ein Beschwerde an das Kammergericht. Die Rechtsvertreter von Reins setzen in ihrer Eingabe die Zweifel über die Zuständigkeit zur Begnadigung auseinander, denn die beiden preussischen Instanzen, sowohl die Oberstaatsregierung wie das Reichsoberjustizamt, nehmen das Sündenrecht für sich in Anspruch. Die Strafkammer ist von den Rechtsanwältin Dr. Katz und Dr. Juchs gebeten worden, ihre Entscheidung bald zu fällen, weil erzwungenermaßen zwischen der Befähigung der Entscheidung, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen, bis zur Vollstreckung eines Todesurteils nur zu wenig Stunden liegen, zum ersten nur eine Nacht, in der die von dem Beurteilten jetzt geltend gemachten Gesichtspunkte einer sachgemäßen Nachprüfung und Entscheidung nicht mehr unterzogen werden können.

Der unheimliche Lebemann

„Die menschliche Wespe“
Gefährlichste als Totentanz ...

Eigener Bericht
New York, Ende November.
Ein gefährlicher Verbrecher macht gegenwärtig Chicago umhert. Es ist ein Mann, der mit einer vergifteten Nadel seine Opfer verbleibt, so daß sie nach einigen Tagen schwer erkranken. Dieser ist der Todesengel vorgetrieben. Eine Anzahl Schwärzente, die die „menschliche Wespe“ gleichfalls auf dem Gewissen hat, liegt in den Hospitälern. Der Fall der „menschlichen Wespe“ ist ein typisches Beispiel für das Gesetz der Duplicität der Ereignisse. Der Verbrecher begann mit seiner unheimlichen Tätigkeit fast um die gleiche Zeit, in der die Untaten der indischen Serumprüfer bekannt wurden; mehrere Leute in Bombay und anderen Städten Indiens erkrankten plötzlich, nachdem sie auf der Straße von einem Unbekannten im Besondere angefaßt worden waren. Es stellte sich heraus, daß der unbekannte Täter eine Serumprobe mit Gift vermischt, um damit Strafverfolgung zu verhindern. Da die Verletzung kaum spürbar war, hatten die Vergifteten zunächst nur wenig Beachtung gefunden. Erst als die ersten schweren Erkrankungen bekannt wurden, meldeten sich noch eine ganze Reihe von anderen Beuten, die dem Serumprüfer das anonyme Verbrechens nach Opfer geflossen waren.

Die Chittagor „menschliche Wespe“ tritt als eleganter Lebemann auf. Es ist erwiesen, daß die Infektionen in verhältnismäßig vornehmen Salons während des Tanzes vorgenommen wurden. Daher wird es hier auch leichter als in Indien sein, den Verbrecher, offenbar einen Gefährten, zu ermitteln. Dorothy Depew, eine 19jährige Sekretärin, war das erste Opfer. Das junge Mädchen besuchte des Abends öfters ein Tanzlokal. Einige Tage nach einem solchen Besuch wurde Dorothy Depew plötzlich krank. Am nächsten Tag trat eine etwa maßstabgroße Schwellung auf, die sich bald als Sempion einer Art Bluterkrankung herausstellte. Nach der Heruntunft der Verletzung befragt, konnte Dorothy Depew die behandelnden Ärzten zunächst keine Auskunft geben. Dann aber erinnerte sie sich, beim letzten Tanzabend mit einem unbekannten Herrn getanzt zu haben, wobei sie plötzlich am Arm das Gefühl verspürt hätte, von einer Nadel gestochen zu sein. Die Ärzte hielten diese Erklärung für

Ein Befragungsprozess

Vor der Strafkammer Magdeburg begann ein interessanter medizinischer Prozess gegen zwei des Betruges beschuldigte Frauen namens Abal und Selberich und gegen einen Arzt Dr. Schneider. Zur Verhandlung steht die Frage, ob Krebskrankheiten in den 17 Befragungsinstanzen der Frau Köhler Stellung in Aussicht gestellt wurde, obwohl sie in der Befragungsliste nicht aufgeführt waren. Es sind in der Verhandlung 80 Sachverständige, unter ihnen Wissenschaftler von internationalem Ruf, getreten. Zu Widersprüchen zwischen den Sachverständigen kam es bereits bei der allgemeinen Erörterung darüber, ob bei einem Krebsleiden im fortgeschrittenen Stadium eine Operation zweckmäßig ist. Anhänger der operativen Eingriffe vertreten die Meinung, daß die Befragung in den König-Instanzen über eine Befragung eine eine Hemmung der Krankheit zur Folge gehabt hätte, während die Patienten durch rechtzeitige Eingriffe in diesem oder jenem Falle hätten geholt werden können. Andere Sachverständige brachten zum Ausdruck, daß die Befragungen in den König-Instanzen zur Nachheilung oder Abheilung einen gewissen Wert hätten. Die bisherige Heugenernehmung sei zugunsten der Angeklagten aus. Es stellte sich heraus, daß einige als Zeugen auftretende Patienten gänzlich von ihrem Leiden geheilt waren.

Barlensberger erhält einen Kopfschlag

Die Täter entkommen. Der Schläger soll eine Schlägerei vorgegangen sein.

Internationale Arbeitszeitregelung

Das Generl Internationale Arbeitsamt wird zum 10. Januar eine internationale Konferenz über die Arbeitszeit einberufen. Die Beratungen sollen eine internationale Regelung der Arbeitszeitvorbereitung vorbereiten.

6 Tote - explodierter Benzinfant

In einem Bergwerk in der Nähe von Ostfildern ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. Ein Benzinfant explodierte. Sechs Personen wurden getötet, drei lebensgefährlich verletzt.

Angeklagtenversicherung, Waisenrente

Der Verwaltungsrat der Angeklagtenversicherung hat beschlossen, die 18-Jährigen-Waisen für den Weg von Waisenrenten und die Gewährung von Kinderzuschüssen wieder herzustellen. Mit Rückwirkung vom 1. Oktober werden danach die Angeklagten sowie die Kinderzuschüsse wieder bis zum 18. Lebensjahr gewährt, vorausgesetzt, daß Schutzbesuch oder Berufs-ausbildung nachgewiesen wird. Für die Waisenrentengewährung der fortgeführten Leistungen ist jedoch ein besonderer Antrag notwendig. Der Reichsarbeitsminister hat dem Beschluß zugestimmt.

Gefängnis für Scheidemann-Berleumder

Nationalsozialistischer Lügenpropagandist empfindlich bestraft

Eigener Bericht
Zürich, 30. November.
Das Schöffengericht verurteilte den Kaufmann und Nationalsozialisten Hans Berleumder wegen Verleumdung des Reichstagsabgeordneten W. Scheidemann zu sechs Monaten Gefängnis. In einer sozialdemokratischen Versammlung hatte Berleumder behauptet, Scheidemann sei am 16. und 17. Mai 1917 in Holland gewesen und habe im Beisein des französischen Botschafters mit dem französischen Spion Beniamin Desgranges verhandelt, damit seine Lebensmittel und sein Kupfer nach Deutschland eingeführt würden, um dadurch zum Ende des Krieges und zur Revolution zu kommen. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte im Verlauf der Beweisaufnahme, dem Oberpräsidenten Rosse, Reichstagsabgeordneten Landsberg und Reichstagsabgeordneten Dittmann als Zeugen zu laden. Es sollten bezeugen, daß die SPD im Krieg mit dem Spion Beniamin Desgranges in Holland in Verbindung gestanden habe und dieser Spion, der unter dem Namen Große der SPD angeführt habe, mit Scheidemann auch beim Munitionsarbeiterstreik

gewirkt habe. Das Gericht antwortete diesem Antrag am Dienstag waren die Zeugen und Scheidemann als Nebenkläger erschienen. Scheidemann erklärte bei seiner Vernehmung, daß er im Krieg mehrfach Auslandreisen unternommen habe, aber immer im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung. Reichstagsabgeordneter Bethmann-Hollweg habe ihn verschleierlich getrieben, im Sinne des Friedens zu wirken. Desgranges habe er in seinem Leben nie gesehen. Am 15. Mai 1917 habe er im Reichstag gesprochen und am 16. Mai verschiedene Verhandlungen gehabt. Jedes Wort der Behauptungen, er habe gegen die Interessen Deutschlands gearbeitet, ist unwahr. Auch eine Propaganda im Sinne der Revolution müsse er aufhellen verweigern. Reichstagsabgeordneter Landsberg bezeugte, er halte für völlig ausgeschlossen, was in den Behauptungen des Angeklagten aufgeführt wurde. Das Buch Desgranges müsse er als ein Sammelwerk von Lügen bezeichnen. Desgranges habe aber in seinem Buch selbst gar nicht behauptet, was von dem Angeklagten vorgebracht worden sei. Oberpräsident Rosse erklärte, es sei ganz ausgeschlossen, daß Scheidemann im Kriege Reisen zwecks Beschaffung von

Verbindungen mit dem feindlichen Ausland gemacht habe. Reichstagsabgeordneter Dittmann bezeugte, daß Anfang 1918 kein Munitionsarbeiterstreik gewesen sei, sondern ein Proteststreik gegen die tschechische Regierung und gegen den Gemischten mit Rußland. Dieser Streik sei nicht von der USR, oder den Mehrheitssozialisten inszeniert worden. Er bestritt, daß es innerhalb der Mehrheitssozialistischen Partei wie der USR, während des Krieges eine Gruppe gegeben habe, die mit dem feindlichen Ausland in Verbindung gestanden hat. Der Staatsanwalt beantragte in seiner Klage, daß der angeklagte W. Scheidemann beweisen müßte, daß er die von dem Angeklagten aufgestellten Behauptungen seien objektiv unrichtig. Der Vormund eines Landesverrats gegenüber einem Mann, der, wie Scheidemann, in Deutschlands schwerster Stunde auf dem unwürdigen Boden gestanden habe, müsse als unerbötlich bestraft werden. Er beantragte gegen Berleumder 30 Monate Gefängnis und Busstrafentzug des Urteils in einigen Ziffern und Gerüststrafen Zehnjahren. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß der Angeklagte W. Scheidemann beweisen müßte, daß er die von dem Angeklagten aufgestellten Behauptungen seien objektiv unrichtig. Der Vormund eines Landesverrats gegenüber einem Mann, der, wie Scheidemann, in Deutschlands schwerster Stunde auf dem unwürdigen Boden gestanden habe, müsse als unerbötlich bestraft werden. Er beantragte gegen Berleumder 30 Monate Gefängnis und Busstrafentzug des Urteils in einigen Ziffern und Gerüststrafen Zehnjahren. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß der Angeklagte W. Scheidemann beweisen müßte, daß er die von dem Angeklagten aufgestellten Behauptungen seien objektiv unrichtig. Der Vormund eines Landesverrats gegenüber einem Mann, der, wie Scheidemann, in Deutschlands schwerster Stunde auf dem unwürdigen Boden gestanden habe, müsse als unerbötlich bestraft werden. Er beantragte gegen Berleumder 30 Monate Gefängnis und Busstrafentzug des Urteils in einigen Ziffern und Gerüststrafen Zehnjahren.

Rage feuern in SPD-Lokal

Am Berliner Norden in der Nähe der Schwargepfaffen wurde am Dienstagabend von Nationalsozialisten ein verlogener Feuerüberfall auf ein kommunalistisches Parteilokal verübt. Die Hakenkreuzer feuerten eine Reihe von Schüssen ab. Ein Kommunist wurde von einer Kugel in die Schulter getroffen, ein anderer kommunistischer



